

Debatte über Windenergie erwartet

Wirtschaftsminister Clement sieht weiteren Ausbau in der Kritik

St, DÜSSELDORF, 12. Oktober. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement erwartet eine neue Debatte über die Förderung erneuerbarer Energien, wenn in einigen Wochen die sogenannte Dena-Studie über die Optimierung der deutschen Stromerzeugung vorgelegt wird. Besonders der weitere Ausbau der Windenergie könnte dann in die Kritik geraten. Dies deutete Clement am Dienstag in Köln auf einem Kongreß des energiewirtschaftlichen Instituts Ewi an der Universität Köln und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung an. Eigentlich hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 Strom zu 20 Prozent aus erneuerbaren Energien zu gewinnen.

Die neuerdings im Bundesrat präferierte vorbeugende (*ex ante*) Regulierung der deutschen Energienetze bezeichnete Clement als unpraktikabel und populistisch. Dafür sprach er sich mit Nachdruck für eine Mißbrauchsaufsicht aus, die die schon geltenden Preise überwacht (*ex post*). Für die Ex-post-Regulierung sprächen die Nachteile der Ex-ante-Aufsicht. Nach den Vorgaben der Europäischen Kommission müsse vor der Preisgenehmigung die Kalkulation jeder der 1700 Strom- und Gasnetzeigentümer geprüft werden. Damit sei auch eine Fülle von Klagen programmiert, Clement versprach, die Regierung werde mit Nachdruck an der Ende September vom Bundesrat mit Änderungsvorschlägen abgelehnten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) arbeiten. Es sei möglich, daß das EnWG am 1. Januar in Kraft trete.

Der Regulierer werde sich bei der Preisüberwachung zunächst an den Kosten orientieren, Das von Ewi-Direktor Axel Ockenfels vorgeschlagene Anreizmodell, das Netzbetreibern mit sinkenden Kosten bessere Margen zugesteht, solle später erwogen werden. Die von mehreren Stromversorgern angekündigten Strompreiserhöhungen kurz vor der Arbeitsaufnahme des Regulierers zeugen nach Ansicht Clements von schlechtem Geschmack. Wer erhöhte Preisforderungen mit Marktentwicklungen begründe, sollte bedenken daß im Strommarkt ein Teil der Akteure als Monopolisten die Netze besäßen.

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel erklärte, daß sie sich sofort nach der Energiemarktliberalisierung eine Regulierungsbehörde gewünscht hätte. Zur Ausgestaltung dieser Energiemarktaufsicht wollte sie sich nicht äußern. Ihre Partei prüfe diese noch. Dafür bezog Merkel in der Kernenergie eine klare Gegenposition zur Regierung. „Eine unionsgeführte Bundesregierung würde den Kernkraftwerksbetreibern wieder mehr Freiheitsgrade geben.“ Bestehenden Kraftwerken will sie längere Laufzeiten zugestehen. Clement dagegen bekräftigte, der Ausstieg aus der Kernenergie sei beschlossen und stehe nicht zur Disposition. Der Vertriebschef des Energiekonzerns RWE, Berthold Bohnkamp, versicherte zwar, daß die Energiewirtschaft zum Kompromiß in der Kernenergie stehe. Er sei dennoch davon überzeugt, daß es ein Fehler sei, sich in Deutschland von der Kerntechnik zu verabschieden.